

Der Maler

Organ des Verbandes der

Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags

Abonnementspreis 3 M pro Quartal bei freier Zustellung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:

Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto:

Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Unsere Lohn- und Tarifbewegungen im Jahre 1928.

II.

Durch alle Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen wurde für 77 306 Beschäftigte eine Lohnerhöhung von 282 789 M die Woche, oder im Durchschnitt für den einzelnen von 3,66 M, durch Streiks und Aussperrungen für 7131 Beteiligte von 24 065 M die Woche oder von 3,37 M für den einzelnen erreicht. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit betrug für 3352 Beschäftigte 10 007 Stunden. Außerdem wurden für 89 850 Beschäftigte sonstige Verbesserungen erreicht, für 44 Kollegen eine Lohnkürzung um je 12,75 M die Woche, für 4 Personen Maßregelung und für 269 Beschäftigte sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, Hin- und Ausschließen des Termins für Zulagen usw. abgewehrt.

Eine Zusammenstellung der Lohnerhöhungen für Maler und Lackierer durch Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellungen nach Gruppen von je 2 M führt zu nachstehendem Ergebnis:

Wöchentliche Lohnerhöhung	Erfolg durch Bewegungen			Erfolg durch Streiks		
	Betriebe	Beschäftigte	Markt	Betriebe	Beschäftigte	Markt
Bis zu 2 M	1 232	2 842	3 785	128	664	676
2,01 bis 4 "	27 907	69 509	250 101	2734	6434	23 217
4,01 " 6 "	1 192	4 189	20 509	4	26	127
6,01 " 8 "	181	391	2 475	1	7	45
8,01 " 10 "	139	429	3 788	—	—	—
10,01 " 12 "	27	39	393	—	—	—
Über als 12 "	57	107	1 738	—	—	—
Zusammen	30 735	77 306	282 789	2862	7131	24 065

Bei dem Gesamtbetrag von 306 854 M ergibt sich, auf den einzelnen Beteiligten umgerechnet, eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 3,63 M, und für die einzelne weibliche im Durchschnitt von 1,78 M die Woche. Weitere 1283 Personen sind an den Erfolgen in ausländischer Währung beteiligt. Das Resultat kann jeden Vergleich mit den Ertragsverhältnissen anderer Berufe aushalten, die im Berichtsjahre eine wesentlich günstigere Konjunktur und erheblich niedrigere Arbeitslosenziffern hatten.

Die Gesamtausgaben für die durchgeführten Bewegungen betragen 214 760 M. Davon entfallen 63 990 M auf das Malergewerbe und 150 767 M auf die Bewegungen und Kämpfe in Lackierereien und Industriebetrieben. 15 619 M sind für Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen und 199 141 M für Streiks und Aussperrungen ausgegeben worden.

Damit wollen wir den Auszug aus dem Abschnitt „Lohn- und Tarifbewegungen“ im demnächst erscheinenden „Jahrbuch 1928“ schließen. Er möge allen Kollegen, die mitten in der Organisationsarbeit stehen und lebhaften Anteil an allem nehmen, aber an die mehr oder minder große Ausdehnung ihres engeren Wirkungskreises gebunden sind, und denen sich deshalb nur ein kleinerer Ausschnitt aus dem unaufhörlichen Kampf zwischen Kapital und Arbeit offenbart, zeigen, daß die angewendete Mühe uns auch im vergangenen Jahre einen guten Schritt weitergetragen hat. Unsere Feststellungen beruhen auf den Meldungen der Bezirksleitungen und Filialen, und sind im Jahrbuch selbst durch ausführliches Tabellenmaterial nachgewiesen. Wir zweifeln nicht daran, daß eine ganze Anzahl weiterer Bewegungen, besonders in der Industrie, mit Erfolg durchgeführt wurden, ohne daß man es in dem einen oder anderen Orte für nötig hielt, bei dem glatten Verlauf einen Schlussbericht auszufüllen und dem Hauptvorstand über das Ergebnis zu berichten. Das war bei der Häufung von Lohnbewegungen während der Inflationsjahre zu verstehen, wo die erzielten Erfolge nicht selten schon beim Inkrafttreten der Vereinbarungen überholt waren. Aber bei den heutigen langfristigen Lohnfestsetzungen und besonders beim Abschluß von Tarifverträgen gehört es zu den dringlichsten Aufgaben einer gewissenhaften Filialverwaltung, die Verbandszentrale stets durch Einsendung der Verhandlungsergebnisse auf dem laufenden zu halten.

Nur zu oft hört man darüber klagen, daß den Funktoren bei der Werbung neuer Mitglieder wirkames Organisationsmaterial fehle. Sollte man uns noch fernstehende Kollegen durch Gegenüberstellung der Lohn- und

Arbeitsverhältnisse früherer Zeiten, zum Beispiel bei Entstehung unserer gewerkschaftlichen Organisationen, und der Gegenwart nicht von der Notwendigkeit gemeinsamen Kampfes gegen das fortschrittseindliche Unternehmertum überzeugen können? Damals eine 60- bis 68stündige Wochenarbeitszeit in den Großstädten, bis 72 Stunden die Woche oder gar nach den täglichen Lichtverhältnissen, von Tagesanbruch bis zum Eintritt der Dunkelheit, in den ländlichen Gebieten; eine dem Belieben der Arbeitgeber überlassene oder bestenfalls nach behördlichem Ermessen festgesetzte Entlohnung und jeden Schutzes entbehrende Arbeitsverhältnisse dürfen bis weit in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts hinein die Regel gewesen sein. Heute haben wir als eine Frucht der gewerkschaftlichen Tätigkeit eine geregelte, meist achtstündige tägliche Arbeitszeit, und die Organisation hat sich ein unbestrittenes Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpft. In den Veröffentlichungen unseres Verbandes wird nicht nur Anschauungsunterricht über die Grundsätze der modernen Arbeiterbewegung geboten, sondern — besonders in den Jahrbüchern — wird über alle Vorkommnisse und Aufgabengebiete, aber auch chronologisch über das in den jeweiligen Zeitabschnitten Erreichte und in einer Aufmachung berichtet, die jedem sich ernsthaft mit den Problemen unserer Bewegung beschäftigenden Kollegen Aufklärungsmaterial in Hülle und Fülle bietet.

Noch gibt es allzu viele Laue und Gleichgültige. Jeder Kollege muß ein Mitstreiter werden! Das Tempo der Aufwärtsbewegung wird um so schneller sein, je schneller die Arbeiterschaft ihre wahre Klassenlage erkennt und jede Zerstückelung der eigenen Kraft als arbeitserfeindlich bekämpft. Zum endgültigen Siege des Gewerkschaftsgedankens ist für jeden einzelnen die Erkenntnis vonnöten, daß nur vollkommene Solidarität aller Arbeitenden und Schaffenden die Klasse der Ruhnießer fremder Arbeitskraft überwinden wird.

Um eine Lehrlingsordnung im Malergewerbe.

Die Regelung des Lehrlingswesens gehört mit zu den vordringlichsten Aufgaben einer zeitgemäßen Berufspolitik. Je nachdem, wie es gelingt, diese Frage zu lösen, wird es möglich sein, die das Gewerbe bedrohenden Schäden einzudämmen beziehungsweise zu beseitigen. Die Gewerkschaften haben dies frühzeitig erkannt, jedenfalls weit eher als die Innungen und Handwerkskammern, denen heute noch von Gesetzes wegen in der Hauptsache die Regelung des Lehrlingswesens übertragen ist. Unser Verband hat bereits auf der Generalversammlung in Köln im Jahre 1909 zu dieser Frage Stellung genommen und beschloffen, ihr erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Im Laufe der Zeit trat dann die Jugendfrage ganz allgemein immer mehr in den Vordergrund, und so war es nur zu verständlich, daß auf der Generalversammlung in Frankfurt a. M. im Jahre 1921 über das Lehrlingswesen im Malergewerbe besonders berichtet und entsprechende Beschlüsse gefaßt wurden. Auch die Anstellung eines Reichsjugendleiters beim Verbandsvorstand gab zu erkennen, wie bedeutungsvoll die Lehrlingsfrage innerhalb unserer Reihen eingeschätzt wird. Bemerkenswert sei allerdings, daß wir uns dabei nicht in erster Linie von organisatorischem Interesse leiten ließen, sondern weit mehr von der Sorge um den Bestand und die Weiterentwicklung unseres Berufes.

Im Jahre 1916 — also mitten im Kriege — veranlaßte unser Verbandsvorstand eine Aussprache mit dem Reichsbund für das deutsche Maler- und Lackierergewerbe, bei der neben einer Reihe anderer aktueller Angelegenheiten auch die Frage des Nachwuchses im Malergewerbe besprochen wurde. Zehn Jahre später trafen dann die Leistungen der beiderseitigen Verbände wiederum zu einer Aussprache zusammen, in der ebenfalls das Lehrlingswesen im Vordergrund der Beratungen stand. Es wurden Richtlinien beschloffen und Anweisungen an die Unterverbände gegeben, die ermöglichen sollten, der immer mehr umschweifenden Lehrlingszüchterei Einhalt zu tun und das gesamte Lehrlingswesen innerhalb unseres Berufes in gesunde Bahnen zu lenken. Jedermann war sich darüber klar, daß es damit sein Bewenden nicht haben konnte und daß eine Besserung erst zu erwarten ist, wenn sich die Verbände dazu entschließen können, eine festumrissene Lehrlingsordnung zu schaffen. Diese müßte gestützt sein auf den Einfluß und die Erfahrungen der Meister- und Gehilfenverbände und getragen werden von dem ernsthaften Willen, nur der Gesamtheit des Malergewerbes zu dienen. Soweit unser Verband in Frage kommt, wurde wirklich nichts veräußert,

unter Hintanstellung des rein Organisatorischen, diesem Ziele näherzukommen. Auf allen unseren Tagungen der letzten Jahre wurde die Lehrlingsfrage behandelt. Unsere Funktionäre in den Bezirken und Filialen waren eifrig bestrebt — oft gegen den Willen und unter dem heftigsten Widerstand der Innungen und Handwerkskammern — die schlimmsten Auswüchse zu beseitigen und die Bahn für eine vernünftige Regelung freizumachen. Mit dem Reichsbund wurde endlos korrespondiert und bei persönlichen Besprechungen immer wieder auf die Dringlichkeit der Angelegenheit verwiesen. Diesem Drängen ist es nun auch mit zuzuschreiben, daß auch der Reichsbund auf seiner Tagung in Warnemünde im Jahre 1928 sich mit der Lehrlingsfrage eingehend beschäftigte und Beschlüsse faßte, die immerhin einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand bedeuten, vorausgesetzt, daß sie durchgeführt werden. Leider lassen diese Beschlüsse nicht erkennen, daß man gewillt ist, gemeinsam mit den Gehilfenverbänden diese so notwendige Ordnung herbeizuführen. Das Verhalten des Reichsbundes in letzter Zeit, insbesondere aber verschiedener seiner Landesverbände und der Mehrzahl der Innungen, deutet darauf hin, daß die Lehrlingsangelegenheit nach wie vor als Monopol der Innungen und Handwerkskammern betrachtet wird und die Gehilfenverbände nur durch die Gesellen- und Lehrlingsverbände der Innungen und Handwerkskammern mitreden sollen, denn von einem Mitbestimmungsrecht kann angesichts der heute geltenden Gesetze nicht gesprochen werden.

Es versteht sich von selbst, daß wir mit einer solchen Regelung niemals einverstanden sein können. Die Reichsgewerbeordnung wurde geschaffen zu einer Zeit, wo der Einfluß der Gewerkschaften noch außerordentlich gering war. Mag sein, daß sie für die damaligen Verhältnisse ein Fortschritt war. In der heutigen Zeit aber, mit den ganz anders gearteten Verhältnissen, ist es nun ein starkes Stück, wenn man uns auf die Gesellenausschüsse verweist. Es soll nicht verkannt werden, daß sich auch bei den Meistern immer mehr die Erkenntnis durchsetzt, daß etwas geschehen muß. Die Lehrlingszüchterei nimmt Formen an, die das Gewerbe über kurz oder lang an den Abgrund bringen, wenn nicht baldigt Einhalt geboten wird. Diesem Umstande ist es auch zu danken, daß der Reichsbund eine Kommission eingesetzt hat, die eine Lehrlingsordnung ausarbeiten soll. Der Entwurf liegt seit einiger Zeit vor. Es hat lange gedauert, bis wir ihn zur Kenntnis nehmen konnten. Manches ist darin enthalten, was auch wir unterschreiben können. Wer aber der Meinung war, daß in diesem Entwurf die Gehilfenorganisation dazu berufen sein soll, die Lehrlingsordnung mit zu schaffen und durchzuführen, hat eine große Enttäuschung erlebt. Vom Geiste der Richtlinien vom Jahre 1928, nach denen die beiderseitigen Verbände die Lehrlingsverhältnisse gemeinsam regeln sollen, ist nicht das geringste zu spüren. Obwohl im ersten Teil des Entwurfes besonders stark hervorgehoben wird, daß die Regelung der Lehrlingsverhältnisse nicht mehr Sache der Innungen und Handwerkskammern allein sein kann, sondern die Berufsverbände als die eigentlichen Träger des Gewerbes dazu berufen sein sollen, hat man nur den Reichsbund und seine Landesverbände mit eingeschaltet, die Gehilfenverbände aber geflissentlich herausgeschaltet.

In dem Entwurf ist eine ganze Reihe von Bestimmungen enthalten, die unsere Zustimmung nicht finden können. Dem Reichsbund ist das bekannt; die wesentlichsten Einwände wurden ihm schon vor Wochen mitgeteilt. In der Sitzung der Lehrplankommission, zu der wir auf unser Verlangen hinzugezogen wurden, wurde durch den Kollegen Bah an dem Entwurf eingehend dargelegt, was wir an dem Entwurf auszufassen haben. Leider hatte die Lehrplankommission, die doch dazu bestimmt ist, einen endgültigen Entwurf auszuarbeiten, angeblich kein Mandat, mit uns darüber zu diskutieren. Der Vorsitzende, Herr Lohmann, konnte lediglich versprechen, daß all unsere Wünsche und Anträge dem Hauptausschuß des Reichsbundes, der Anfang August in Königsberg zusammentritt, vorgelegt werden.

Von der Stellung des Hauptausschusses wird es nun abhängen, ob die Möglichkeit für Schaffung einer gemeinsamen Lehrlingsordnung, die auch für uns als Organisation tragbar wäre, besteht, oder ob wir nach dem Willen des Reichsbundes bei dieser für das ganze Gewerbe so wichtigen Frage ausgeschaltet werden sollen. Wir würden es sehr bedauern, wenn das letztere zutreffen würde; nicht als ob wir dann nicht mehr in der Lage wären, für unsere Lehrlinge auch weiterhin mit Erfolg wirken zu können; ganz im Gegenteil. Wir sind aber der Meinung, daß außer der Lehrlingsfrage noch recht viele Dinge vorhanden sind, die nur durch Gemeinschaftsarbeit behoben werden können. Die Notwendigkeit hierfür liegt heute und auch in den kommenden Jahren unbedingt vor. Voraussetzung für die Gemeinschaftsarbeit ist allerdings, daß sie sich auf alle Fragen des Gewerbes erstreckt, die für die Gemeinschaftsarbeit vorgesehen waren, und nicht jede Partei gerade das

Bist Du schon Abonnent

unseres FACHBLATTES?

Deine Filialverwaltung nimmt Deine Bestellung an.

für sich in Anspruch nimmt, was ihr am besten zuzagt. Zu dieser Gemeinschaftsarbeit gehört auch die Lehrlingsfrage, ja, sie ist sogar das Kernstück des Gemeinschaftsprogramms und Ausgangspunkt wohl der meisten Schäden unseres Gewerbes. Werden wir bei der Regelung dieser Frage ausgeschaltet, ist es nicht ausgeschlossen, daß uns unsere Kollegen zur gemeinsamen Bekämpfung der übrigen Schäden im Gewerbe die Gefolgschaft versagen. Soweit sollte man es im Interesse des Gewerbes nicht erlauben lassen.

Die Ärzte als Hüter der deutschen Wirtschaft!

In Essen hat kürzlich der Arztetag stattgefunden, der sich unter anderem auch mit den Fragen der Sozialversicherung und der Stellung des Arztstandes zu befassen. Die Stellungnahme der Ärzteorganisation in diesen Fragen ist nicht unbekannt, deshalb kam sie auch dementsprechend zum Ausdruck. Die Ärzte sind keine Gegner der Sozialversicherung, sie bekämpfen jedoch deren Ausdehnung „über das Maß des unbedingt Notwendigen hinaus“. Dieser Standpunkt verdrückt sich im Referat von Professor Hellpach zum Vorschlag, den Versicherungszwang allein für die unterste Einkommensschicht bis 3000 M. Jahreseinkommen vorzubehalten, zwischen 3000 bis 6000 M. Einkommen jedoch die Versicherung jedem freizustellen, darüber hinaus überhaupt keine Sozialversicherung gelten zu lassen. Es ist sehr begreiflich, daß die Interessensvertretung der Ärzte in diesem Sinne Stellung nahm. Die Ärzte brauchen die Sozialversicherung als Existenzgrundlage, deshalb können sie sie nicht in Vausch und Bogon ablehnen. Eine jede Erweiterung des Versicherungskreises schmälert jedoch das Einkommen der Ärzte, weshalb von ihrem Standpunkt aus gesehen die Bekämpfung der Ausdehnung der Versicherung sehr verständlich ist. Auch kann man dem Arztetag nicht besonders verübeln, daß er die wahren Gründe seiner Stellungnahme verschwiegen und statt des Einkommens der Ärzte auf der Tagung von „Loderung des Blutbandes bei erweiterter Sozialversicherung“ und ähnlichen Dingen geredet wurde. Daß zur Verhüllung der Triebfeder der eigenen Forderungen das „allgemeine Interesse“ vorgeführt wird, ist eine allzu gewohnte Erscheinung und um so weniger ein Grund für besondere Aufregung, da den Beteiligten das Sonderinteresse nur zu häufig als allgemeines Interesse vorkommt. Doch bediente sich der Arztetag — sowohl die Referenten wie die vom Kongreß angenommene Resolution — eines Argumentes, das wohl geeignet ist, den Leser mit Empörung zu erfüllen. Die Redner wie die Resolution begründeten die gewünschte Einschränkung der Sozialversicherung auch mit der Notwendigkeit, „die Wirtschaft von einem Teil der sozialen Lasten zu befreien“. Die Ärzte als Hüter der deutschen Wirtschaft! An sich eine recht groteske Sache, zumal wenn man bedenkt, daß es der deutschen Wirtschaft recht wenig Erparnis bedeuten würde, wenn die von der Sozialversicherung ausgeschlossenen Nichtversicherten den Ärzten die (gegenüber den Krankenkassen) viel höheren Honorare zahlen müßten. Daß aber deutsche Ärzte das ablehnbare Wort der Unternehmer von sozialen „Lasten“ — statt es zu bekämpfen — aufgreifen, daß die Ärzte Ausgaben für die Erhaltung der Volksgesundheit mit der Begründung ablehnen, daß sie die „Wirtschaft“ (!) belasten, ist eine tief beschämende Tatsache. Das Einkommen der Ärzte in allen Ehren! — zu seinem Schutze hätten jedoch fürwahr würdigere Argumente gefunden werden können.

Die Entwicklung von Bevölkerung und Einkommen.

Das Institut für Konjunkturforschung bringt in seinem Wochenbericht vom 3. Juli eine Betrachtung über die Entwicklung des Einkommens in der Gegenwart. Dem schließt sich eine Untersuchung über die künftige Entwicklung von Bevölkerung und Einkommen an. Voraus geht dem eine Berechnung der Einzelhandelsumsätze in den letzten Monaten. Die Einzelhandelsumsätze sind in den Monaten April und Mai sehr verschieden gelagert. Im Mai waren sie durchschnittlich höher als im Vorjahre, worin die Tatsache zum Ausdruck kommt, daß das Frühjahrsgeschäft diesmal um einen Monat später eingeleitet hat. Des ferneren zeigt sich darin eine Reaktion auf die Umsatzzuschrumpfung in den Wintermonaten. Diese Belebung der Einzelhandelsumsätze in den letzten Monaten wird weiter darauf zurückgeführt, daß sich in der gleichen Zeit auch die Einkommensverhältnisse günstig gestaltet haben. „Das Einkommen der Industriearbeiterschaft hat — gemessen an Beschäftigung und Lohnhöhe — im Mai den Vorjahresstand wieder überschritten. Auch die anderen Teile des Arbeitseinkommens dürften sich annähernd in der gleichen Richtung entwickelt haben. Jedenfalls ist das Lohnsteuereinkommen, in dem die Bewegung des gesamten Arbeitseinkommens zum Ausdruck kommt, in den letzten Monaten recht erheblich gestiegen. Man wird also annehmen können, daß die Einkommensausfälle durch die übernormale winterliche Arbeitslosigkeit zu einem Teil wieder ausgeglichen sind.“

Die Vergrößerung des Einkommensvolumens, obwohl der Beschäftigungsgrad in den meisten Wirtschaftszweigen geringer ist, als vor einem Jahre, wird vom Konjunkturinstitut damit erklärt, daß sich einmal das Lohnniveau selber erhöhen konnte, vor allem aber, daß trotz gesunkenen prozentualen Beschäftigungsgrades die Wirtschaft in der Lage war, im Laufe des Jahres neu zuwachsende Arbeitskräfte aufzunehmen und so die Zahl der Einkommensbezieher zu vermehren. Die Zahl der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen war Ende April um rund 840 000 größer als vor einem Jahre. Nach Abzug der um 430 000 vermehrten Arbeitslosen bleibt ein Nettozugang an Arbeitskräften von rund 410 000. Hierin liegt die Steigerung des Einkommensvolumens.

Die zukünftige Entwicklung über Bevölkerung und Einkommen hängt von dem Wachstum der Bevölkerung und den Veränderungen im Altersaufbau derselben ab. Das Konjunkturinstitut legt dieser Voraussicht folgende Zahlenübersicht zugrunde:

Vorausgeschätzte Veränderung in der Zahl der Erwerbstätigen.

Voranschläge Veränderung gegenüber dem Vorjahre in 1000.)				
Jahr	Männer	Frauen	zusammen	
1929	+ 263	+ 113	+ 376	
1930	+ 262	+ 107	+ 369	
1931	+ 71	+ 36	+ 107	
1932	- 51	- 31	- 82	
1933	- 70	- 51	- 121	
1934	- 71	- 46	- 117	
1935	+ 91	+ 10	+ 101	
1936	+ 222	+ 108	+ 330	
1937	+ 273	+ 113	+ 386	
1938	+ 161	+ 56	+ 217	
1939	+ 132	+ 41	+ 173	
1940	+ 91	+ 31	+ 122	

Inwieweit diese Entwicklung eine Verlangsamung der Einzelhandelsumsätze herbeiführen wird, hängt davon ab, ob die Senkung der Zahl der Einkommensträger durch eine

Erhöhung der Einzeleinkommen ausgeglichen wird, wie sie mit zunehmender Produktivität der Volkswirtschaft zu erwarten ist. Das Konjunkturinstitut fährt dann wörtlich fort: „So wird zum Beispiel damit zu rechnen sein, daß sich ähnlich wie die Zahl der Erwerbstätigen auch die Zahl der Haushaltungen entwickeln wird, so daß für den Absatz an Hausrat und Möbeln zunächst mit einer Verlangsamung des Wachstums zu rechnen ist. Das gilt jedenfalls für den mengenmäßigen Absatz. In den Absatzwerten muß sich dies nicht unbedingt auswirken, da ein etwaiger Rückgang der Absatzmenge bei steigendem Einzeleinkommen durch entsprechend höhere Qualitäten ausgeglichen werden kann.“

Aus diesen Untersuchungen des Konjunkturinstituts dürfte sich mit ziemlicher Eindringlichkeit die Bedeutung des Masseneinkommens für die Volkswirtschaft ergeben. Die deutsche Volkswirtschaft hängt in ihrer ganzen Existenz davon ab, inwieweit es gelingt, den arbeitenden Teil der Bevölkerung kaufkräftig zu erhalten. In einer späteren Untersuchung weist das Konjunkturinstitut hierauf mit folgenden Worten hin: „Die Einkommenspyramide zeigt mit großer Eindringlichkeit, welche Bedeutung zahlenmäßig den unteren Einkommensschichten zukommt. Gleichzeitig wird man sich auch vergegenwärtigen müssen, daß es gerade die kleinen Einkommen sind, deren Nachfrage nach den Gütern des nicht konstanten Bedarfs besonders elastisch ist. Denn bei diesem Einkommen ist der Betrag, der über die Ausgaben für feste Verpflichtungen (Miete, Heizung, Versicherung usw.) und die Ernährungsausgaben hinaus übrig bleibt, nicht nur absolut, sondern auch prozentual am geringsten, wie neue Untersuchungen wieder bestätigt haben.“ Die Erfolge des gewerkschaftlichen Kampfes in der Zukunft sind die Bedingungen für den Fortbestand und den Aufstieg der deutschen Wirtschaft. Das muß sich die Arbeiterschaft stets vor Augen halten und dafür sorgen, daß kein Berufskollege seiner Organisation fernbleibt.

Aus unserm Beruf

Sommertreffen der rheinpfälzischen Filialen in Bad Dürkheim. Am 14. Juli fand sich eine stattliche Anzahl von Mitgliedern (mit ihren Angehörigen) und Malerlehrlingen aus Dürkheim, Kaiserslautern, Lamprecht, Neustadt a. d. S., Pirmasens, Speyer und Frankenthal, Ludwigshafen, Mannheim zu der üblichen Pfalzkonferenz zusammen. Mit einem Hinweis auf die vor kurzem an demselben Orte abgehaltene Tagung des pfälzischen Maler- und Tischlermeisterverbandes hieß der Bezirksleiter, Kollege Fuß, die Erschienenen, den Vertreter des Ortsausschusses und den Verbandsvorsitzenden, Kollege Wagh, herzlich willkommen. Zweck der Konferenz sei vor allem, unsere Verbandsarbeit nach den harten Wintermonaten und in der starken Arbeitslosigkeit dieses Sommers neu zu beleben und das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Angesichts der Tatsache, daß die Kollegen in Dürkheim und Landau bis heute noch nicht in den Genuss der am 1. Juni in Kraft getretenen Lohnerhöhung gelangt seien, müsse mit verstärkten Mitteln an die Durchführung unserer tariflichen Rechte herangegangen werden; bedeute doch der jetzige Zustand für jeden Kollegen der beiden Orte einen Lohnverlust in diesem Jahre von etwa 120 M. Nur im Zusammenwirken aller wird den Betroffenen die Widerstandskraft erwachsen, um die Zahlung des vereinbarten Tariflohnes durchzusetzen. In einem groß angelegten Referat behandelte dann Kollege Wagh die Entwicklung unseres Verbandes. Die großen Schwierigkeiten während des Krieges und der Inflation konnten nur durch zielbewusste Zusammenarbeit

Es jagt die Zeit zu immer neuem Werden . . .

Jam Weltmonat der Reklame in der Reichshauptstadt.

Anno 1519. Hauff hat uns in seinem Lichtenstein eine kurze Schilderung von dem damaligen Stuttgart gegeben: „Der Marktplatz war damals noch das Herz der Stadt Stuttgart; zwei hatten sich schon zwei Vorstädte, die Sankt Leonhards- und die Turnacker-Vorstadt, um sie gelagert, welche mit Gräben, Mauern und starken Toren versehen, das Ansehen eigener Städte bekommen hatten; aber noch standen die Ringmauern und Tore der Altstadt, und ihre Bürger jahen nicht ohne Stolz herab auf die Vorstädter. Der Marktplatz war es, wo nach alter Sitte bei jeder besonderen Gelegenheit die Bürger sich versammelten . . .“

Bürger mit der Wehre, kampfbereit auf den Wällen, sammelten sie sich in ihren Junithäusern, einfachen Bauten, an deren Vorderfront das Zeichen der Gewerke prangte. Schlicht und einfach. Enge Gassen, enge Höfe, und der Fremde, der weitgereist durch die wehrhaften Stadttore einmarschierte, nahm im „Weißen Hirs“, der „Goldenen Kugel“ oder im „Schwarzen Lamm“ behedenes Quartier, oder er ging in die Herberge der Jünste, wenn seine Silberlinge in der Börse nicht für einen Luxusaufenthalt in den Schänken reichten.

Heute, vierhundert Jahre später, lebt eine andere Menschheit, schafft ein anderes Geschlecht mit geweitetem Blick, der über die engumgrenzten Wehrmauern der Stadt weit hinausreicht, weit hinaus über Länder und Kontinente. Unser Leben ist nicht geruhamer geworden. Aufgereizt jagen wir im Hasten des Alltags dahin, zermürben und zergäheln Herzen und Hirn im Kampfe um unser Dasein. Wir leben zwei- ja zehnmal so schnell, wie unsere Vorfahren, kämpfen um es ab und haben das Steuerrad verloren, weil Tag um Tag neue Welträtsel gelöst werden und das Neue von heute bereits morgen durch das Allerneueste abgelöst wird. Unsere Nerven reagieren auf Sensationen, toll gesteigert bis zur Grenze des Menschlichen, Tempo, Tempo: wir haben niemals Zeit,

dürfen keine Zeit haben, und wenn wir abstoppen, jagen andere an unserer Stelle weiter . . .

So ändert die Welt ihr Gesicht. Unaufhaltsam geht der Vormarsch der Menschheit weiter, eilend über Phantome zu festen Zielen. Schon in einem Säkulum sind auch wir längst antiquiert und kommende Generationen sehen auf uns, als die Bescheidenen und Geruchlosen, zurück. Auf uns, die wir schon vermeinen, endgültige Spitzenleistungen in Kultur und Technik erreicht zu haben. Unser Verkehrsleben wird sich in fünf Jahren verdreifachen, in acht Jahren verfünffachen. Chaotische Begriffe, wenn wir uns ein Bild der Zukunftstädte ausmalen. Unsere Städtebauer operieren bereits mit der Tatsache, daß das Zukunftsleben in den Städten sich etagenweise abspielen wird. Unter der Erde, auf der Erde, in den Fußgängersteigen über der Erde und hoch oben in der Luft, ins Endlose. Unsere Enkel werden es erleben . . .

Die moderne Stadt ist ruhelos und schläft nie, sie lebt doppelschichtig. Baute man früher Fassaden für die Tageswirkung, so müssen heute die Architekten ihren Bauten ein Tages- und ein Nachtgesicht geben. Nachts mit leuchtenden Profilkontrasten, wenn in den Zentren der Stadt die Fanale der Reklame aufleuchten . . .

An allen Ecken Blyglichter und Leuchtpunkte, Scheinwerfer und Lichtsäulen. Die Reklame leuchtet durch die Nacht der Weltstädte, ein endloses Band bis über den ersten Hahnenstrei. Der Laie sieht nicht, welche umfangreichen Vorarbeiten, Ueberlegungen und Kunstgriffe hinter jedem aufblühenden Blinklicht stehen. Es ist wirklich eine vollendete Organisation, ein Kunstwerk der Zusammenwirkung, diese Nacht der Reklame. Auf der großen Werbefachschau in der Reichshauptstadt vom 10. August bis 8. September wird zum ersten Male in dem repräsentativen Aufbau der „Neuen“ Stadt der breiten Öffentlichkeit ein Einblick in die Methoden der neuzeitlichen Werbekunst vermittelt werden. In den beiden großen Hallen des Ausstellungsgeländes der Reichshauptstadt, auf den breiten Flächen des Freigeländes wird die deutsche und ausländische Werbekunst durch hervorragende Erzeug-

nisse auf allen Gebieten der Reklame ein einheitliches Bild von dem künstlerischen und technischen Hochstande der Werbekunst geben. So werden nicht nur dem Fachmann, der täglich mitten in der Materie steht, neue wertvolle Anregungen geboten, einem jeden, der nicht blind durch das Leben geht und unsere Zeit verstehen will, wird diese Werbeschau die wirtschaftliche und auch weltpolitische Bedeutung der völkerverbindenden Reklamekunst in vollendetester Darstellung vor Augen führen.

Wanderlied.

Mit Rucksack, Stock und Wanderbuch
geh aus der Stadt und suche, such!
Ein Teilschen bist du der Natur,
nun suche deiner Ganzheit Spur.
Ein jeder Schritt birgt neuen Blick,
und neuer Blick ein weißes Glück
als du gehst im Steinkolof
der Stadt, wo müd dein Tag verfloß!

Es grünt der Knick, es reißt das Feld,
Natur wirkt Segen ohne Geld,
so geh auch ohne Geld hinaus
und bring umsonst ein Glück nach Haus!
Umsonst den Lichtstrahl, der dich küßt,
umsonst den Duft der dich umgrüßt,
umsonst die Raft auf grünem Grund,
umsonst das Lied aus deinem Mund!

Der Mensch braucht mehr als Fron und Schein,
er braucht vor allem Geistes-Stein!
Natur gibt dir in reicher Fülle
was Herz und Geist nur haben will.
Ein wenig Wollen, wenig Müß,
schafft um in reichsten Segen sie.
Geh aus der Stadt und suche, such,
mit Rucksack, Stock und Wanderbuch!

August Steinböcker.

Ein praktischer Versuch zu einem Konjunkturausgleich.

Reich, Länder und Kommunen sind heute nicht nur die größten Arbeitgeber nach der Zahl der beschäftigten Personen, sondern ein wesentlicher Faktor für den Gang der Wirtschaft überhaupt und für viele Berufe von erheblicher Bedeutung für den Arbeitsmarkt. Es sei hier nur an den großen Bedarf an Verbrauchsgütern, die Vergebung von Bauaufträgen und — in engerem Zusammenhang mit unserm Malergewerbe — an die zahlreichen Renovierungsarbeiten in öffentlichen Gebäuden, Anstalten, Schulen usw. erinnert. Unser Verband hat deshalb schon vor Jahren in Eingaben auf Behörden aller Art einzuwirken versucht, um eine bessere Verteilung der vorgeesehenen Arbeiten auf das ganze Jahr zu veranlassen, und er kann für sich in Anspruch nehmen, mit seinen Anregungen bahnbrechend auf diesem Gebiete vorangegangen zu sein. Wenn die Frage für unsern Beruf bei dem derzeitigen Ueberangebot von Arbeitskräften vielleicht weniger brennend ist, so darf man doch nicht verkennen, daß gerade öffentliche Stellen meist längerer Zeit bedürfen, bis sich Anregungen von außen durchzusetzen beginnen. Hinzu kommt, daß infolge schlechter Erfahrungen aus früheren Jahren selbst dringliche Arbeiten im Etat zurückgestellt werden, weil vielleicht eine Befürchtung vorhanden ist, daß in den Sommer- und Ferienzeiten, die für Berufsarbeiten bevorzugt werden, die Aufträge wegen vermeintlichem Mangel an genügend vorgebildeten Arbeitskräften weniger sorgfältig und gewissenhaft ausgeführt werden.

Soweit solche Befürchtungen bestehen, sind sie in bezug auf das Vorhandensein von Arbeitskräften gegenstandslos. Obwohl eher ein Mangel an Aufträgen besteht, ist eine Anweisung des Reichsarbeitsministers doch zu begrüßen, die auf dem Wege der von unserm Verbands gemachten Forderungen liegt. Nach einem Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrates über eine zweckmäßige Verteilung der Aufträge der öffentlichen Hand an die Wirtschaft ist seit Anfang dieses Jahres eine laufende Statistik dieser Aufträge geführt worden. Mit

einer weiteren Maßnahme soll nun der praktische Versuch gemacht werden, diese Aufträge an die in Frage kommenden Wirtschaftszweige im Sinne einer vernünftigen Konjunkturpolitik und nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes der betreffenden Berufe zu vergeben. Die Bedeutung dieses Versuches wird verständlich, wenn man in Betracht zieht, daß der Umfang derartiger öffentlicher Aufträge im Jahre auf 7 bis 8 Milliarden Mark zu veranschlagen ist.

Unter dem 20. Juli ist ein Erlass des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenvermittlung an die Landesarbeitsämter hinausgegangen, nach dem diese in ständiger Fühlung mit den Beschäftigungsstellen bleiben und darauf hinwirken, daß Aufträge der Wirtschaft möglichst dann Beschäftigung bringen, wenn der Auftragsbestand im allgemeinen gering ist. Die Beschäftigungsstellen selbst sind von den Landesarbeitsämtern über die Arbeitsmarktlage der einzelnen Gebiete und Gewerbegebiete dauernd zu unterrichten. In Frage kommen als Beschäftigungsstellen vor allem die Reichsbankdirektionen, die Oberpostdirektionen, die Finanzämter, die Landes- und Provinzialverwaltungen, die Kreise und größeren Städte. Der Erlass macht ausdrücklich auf die Bedeutung der

Bauaufträge für den Ausgleich der Saisonschwankungen aufmerksam; doch ist die geplante Regelung auch für alle andern Gewerbegebiete praktisch außerordentlich wichtig.

Dieser Versuch eines Konjunkturausgleiches kann natürlich nur ein Anfang sein. Gelingt es bei der Vergebung von Aufträgen bürokratische Instanzenbedenken und Kompetenzkonflikte auszuschalten, ist Wesentliches erreicht. Ein weiterer Schritt muß dann zur eigentlichen Arbeitsbeschaffung führen, wobei natürlich auch die Finanzierung geregelt werden muß. Dann aber können diese Bestrebungen von weittragendem Einfluß für die fernere Gestaltung unserer Wirtschaft werden. In Anregungen für die Durchführung von Arbeiten werden es die Organisationen der Arbeiterschaft nicht fehlen lassen.

von Mitgliedern und Verbandsleitung überwunden werden. Der Wiederaufbau der inneren Organisationseinrichtungen, der Finanzen und des Unterstützungswesens, dessen Ordnung die Invalidentät darstellt, die fortgesetzten Kämpfe um die Erhaltung des Achttundentages und um zeitgemäße Lohnerhöhungen zeigen ebenso wie unsere Bestrebungen um die Ausgestaltung der Erwerbslosenversicherung, der Lehrlingsfrage, des Gesundheits- und Unfall-schutzes und anderes mehr, daß der Verband eine Kampforganisation im besten Sinne sei, und die Erfolge beweisen, daß wir uns mit unserer Tätigkeit auf dem rechten Wege befinden. — Reichler Beifall dankte dem Verbandsvorsitzenden für seine Ausführungen. In der Aussprache forderte Kollege Weinh, Neustadt, angesichts der zur Zeit ganz anormalen beruflichen Arbeitslosigkeit eine wesentlich bessere Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung und Beseitigung oder doch wesentliche Milderung der Bestimmungen über die Sonderfürsorge für die Saisonarbeiter. Kollege Erich, Dürkheim, führte berechtigte Klage über die übertriebene Lehrlingszüchterei, während Kollege Knorr, Frankenthal, über die Interessenlosigkeit vieler arbeitsloser Kollegen klagte und die vermeintliche Erschwerung der Werbearbeit durch die Verbandsbeiträge beleuchtete. Vorgebrachten Klagen über Nichtinhaltung des „uns in den Schoß gefallenen Achttundentages“ konnte Kollege Fuß mit dem Hinweis begegnen, daß außer der Tätigkeit seiner natürlichen Gegner auch die oft allzugroße Bereitwilligkeit zur Leistung von Ueberstunden zu Mißständen beitrage. Zur wirkungsvollen Bekämpfung der Lehrlingszüchterei sei eine grundlegende Aenderung des fossilen Gebildes der heutigen Handwerkskammern anzustreben. Im Schlußwort legte Kollege Bah unter Anführung gewichtiger Gründe dar, daß der heutige Verbandsbeitrag über das erforderliche Mindestmaß zur Durchführung der dringlichsten Organisationsaufgaben nicht hinausgeht. In der Lehrlingsfrage und hinsichtlich der weiteren Ausgestaltung der Saisonarbeiterfürsorge werde seitens der Verbandsleitung und der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften das irgend Mögliche zu erreichen versucht werden. — Mit dem Beschluß, das nächstjährige Palztreffen anlässlich des 30jährigen Bestehens der Filiale Neustadt a. d. S. in dieser Stadt abzuhalten, konnte die harmonisch verkaufene Konferenz geschlossen werden. Am Nachmittag folgte unter Mitwirkung der Naturfreundekapelle ein Ausflug auf die „Limburg“, wo Kollege Schmidt, Mannheim, den Genuß der arten- und hochsalzhaltigen Quellen des Bades und sonstiger edler Palzgewächse bis zum späten Abend humorvoll zu würzen verstand.

Kiel. Dem Bericht des Geschäftsführers, Kollegen Schmidt, über das zweite Quartal in einer Mitglieder-versammlung am 16. Juli ist zu entnehmen, daß der Stand der Filiale von 782 auf 840 Mitglieder, davon 204 Lehrlinge, gestiegen ist. In Westerland-Spitz, Wijk auf Föhr und Bad Segeberg sind neue Zahlstellen errichtet. Auch das Filialvermögen konnte um 1278 M. erhöht werden. Leider ist die Arbeitslosigkeit auch in den Sommermonaten recht erheblich. Eine der Hauptursachen ist die Vermehrung der Berufsangehörigen infolge der unsinnigen Lehrlingszüchterei. Es ist vorgekommen, daß sich ein junger Kollege ein Jahr nach beendeter Lehrzeit selbständig machte, weil er als Beihilfe keine Arbeit finden konnte. Zahlreiche Kollegen werden im laufenden Jahre kaum der notwendigen Versicherungspflicht genügen können, um in den Genuß der Arbeitslosenunterstützung zu kommen. Es ist ein gewaltiges Unrecht, unsere Kollegen als Saisonarbeiter zu behandeln und sie schlechter zu stellen als andere Berufsgruppen, die weniger stark unter dauernder Arbeitslosigkeit zu leiden haben — und sie zudem noch von der Krisenunterstützung auszuschließen. Die Bekanntgabe der Verschlechterungsanträge der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und der bürgerlichen Parteien zur Reorganisation des Arbeitslosenversicherungsgesetzes rief nicht nur laute Entrüstung hervor, sondern löste einstimmige Annahme einer Entschlüsselung aus, in der die Verammelten geloben, dafür zu sorgen, daß künftig mehr Arbeitervertreter zur Wahrung der Interessen der minderbemittelten Bevölkerung in die Parlamente gewählt werden.

Saarbrücken. Nachdem die Erneuerung des am 1. April abgelaufenen Tarifvertrages für die saarländischen Orte durch das Verschulden einiger Malermeister immer weiter hinausgeschoben werden soll, nahm am 15. Juli eine gut besuchte öffentliche Versammlung unserer Berufskollegen zu der Angelegenheit Stellung. In einmütigen Vorträgen trug der Verbandsvorsitzende, Kollege Bah, durch seine Darlegungen über das Wirken und die Erfolge unseres Verbandes dazu bei, die Kollegenschaft an ihre Pflichten gegen sich und ihre Angehörigen in dankenswerter Weise zu erinnern und mit den Versuchen der Neugründung von Organisationen abzurechnen, die in diesem Falle, wie immer, lediglich zu einer Zersplitterung der so notwendigen Einigkeit der gewerkschaftlichen Schlagkraft führen müssen. Kollege Weisen schilderte die Bewegungen der übrigen Bauarbeitergewerkschaften und legte dar, daß unsere Berufsangehörigen im Saargebiet unter Berücksichtigung aller Verhältnisse mit ihren Löhnen um etwa 30 % hinter den Lohnregelungen der Kollegen im Reich zurückgeblieben seien. Ähnlich verhält es sich mit der Verschleppungstaktik der Unternehmer in der Tariffrage und den Bestrebungen, den Lohn der Jungkollegen nach dem Schiedspruch vom Mai 1928 abzubauen. Im Sinne der Diskussionsredner Schneider, Tesmann, Röhrig, Melzheimer und Schilling beschloß die Versammlung nach einem anfeuernden Schlußwort des Kollegen Bah, die Reihen des Verbandes zu stärken und die Bewegung als festgefügte Masse zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Mit dem Danke aller Kollegen für die wirkungsvollen Ausführungen des Verbandsvorsitzenden konnte die gut verkaufene Versammlung geschlossen werden.

Kartierer

Eine Tagung der Zentralkommission für die Waggonindustrie.

Seit beinahe drei Jahren vollzieht sich in der Deutschen Waggonbauindustrie eine Konzentrationsbewegung mit dem Ziel, die starke Ueberfüllung dieser Industrie durch Ausschaltung minderleistungsfähiger Betriebe zu beseitigen und mittels einer durchgreifenden Reorganisation der maschinellen Einrichtungen die Wirtschaftlichkeit der verbleibenden Betriebe zu sichern. Heftige Konkurrenzkämpfe zwischen den der Waggonbauvereinerung angehörenden Betrieben und den Außenstehern waren dabei unausbleiblich und haben besonders in letzter Zeit, als einige Betriebe mit mehreren großen Städten besondere Lieferungsverträge über Straßenbahnwagen abschlossen, ihren Höhepunkt erreicht. Vorläufiges Ergebnis der Bemühungen, den Konkurrenzkampf der Werke untereinander auf ein Minimum zu beschränken, ist, daß neben der im Dezember 1926 gebildeten Waggonbauvereinigung, der bekanntlich 90 % der Reichseisenbahnaufträge vertraglich zugesichert waren, die Deumi (Deutsche Waggonindustrie), der zur Zeit 33 Betriebe und somit über 80 % der deutschen Waggonbetriebe überhaupt angehören, gegründet wurde, um auch kommunale und private Aufträge quotenmäßig auf die Mitglieder der „Deumi“ zu verteilen. Von größeren Werken stehen die Hama in Hannover, Christoph & Unmack in Niesky, die Waggon- und Maschinenfabrik in Görlitz und die Waggonfabrik Verdingen abseits. Diese Betriebe haben sich etwa die Hälfte der bis einschließlich 1934 zu vergebenden Aufträge mehrerer Großstädte vertraglich sichern können. Ob die Absichten einer Reihe von Großstädten, ihren Waggonbedarf in Regiebetrieben zu decken, bei dieser noch nicht abgeschlossenen Neuorientierung der Deutschen Waggonindustrie gegenstandslos werden, bleibt abzuwarten, obwohl die in den letzten Jahren eingetretenen, aus den Herstellungskosten nicht zu rechtfertigenden gewaltigen Preissteigerungen für Straßenbahnwagen in den Städten den Gedanken der Errichtung eigener Waggonfabriken ganz erheblich gefördert haben.

Die Vorgänge in diesem Industriezweig haben die Zentralkommission für die Waggonindustrie veranlaßt, durch ihren geschäftsführenden Ausschuß sowohl mit Reichsbahnpräsident Dörpmüller, wie auch mit dem Leiter des Eisenbahnzentralkomitees, Direktor Hammer, Bepredungen zu führen, um diesen Konkurrenzkampf nicht auf dem Rücken der Arbeiterschaft der Waggonbetriebe austragen zu lassen. Am 16. Juli trat sodann die Zentralkommission in Bauen zusammen, um die gegenwärtige Lage in der Waggonindustrie zu besprechen. Die einem informativen Referat folgende Aussprache versuchte besonders die Stellung der Kommission zu der beabsichtigten Errichtung von Waggonbetrieben der Städte zu klären und Wege und Mittel zur Beseitigung der in der Waggonindustrie noch bestehenden Mißstände zu finden. Als Ergebnis ihrer erfolgreichen Tätigkeit kann die Zentralkommission für sich in Anspruch nehmen, die Gleichmäßigkeit in der Auftragsverteilung der Reichsbahn und somit eine gewisse Stabilität in der Beschäftigungslage der einzelnen Werke erreicht zu haben. Einig war sich die Kommission darüber, sobald die jetzige Konzentrationsbewegung zu einem Abschluß gelangt ist, eine Reichskonferenz der Arbeiter der Waggonindustrie einzuberufen.

Baugewerbliches

„Soziale Bauwirtschaft“. Diese vorzüglich ausgestattete, halbjährlich erscheinende Zeitschrift des Verbandes sozialer Baubetriebe bringt in Nr. 14 eine Fortsetzung des aufsehenerregenden Artikels aus den vorhergehenden Nummern über „Wohnungsnot und Wohnungselend in Deutschland“. Sie veröffentlicht eine Anzahl von photographischen Aufnahmen, die, wahllos aus der Fülle des zur Verfügung stehenden Materials herausgegriffen, allen denen zur Belehrung dienen sollen, die das Wohnungselend aus eigennützigen Gründen oder zum Zwecke der Bekämpfung der Wohnungszwangswirtschaft hinzustellen belieben. Sie leuchtet aber auch mit erschütternder Deutlichkeit in alle Winkelzüge und Maßnahmen hinein, die das Erstellen neuer Wohnbauten unnötig erschweren und verteuern. Auch die besten Auszüge wären nicht imstande, das wiederzugeben, worauf es zu systematischer Beseitigung aller Mißstände ankommt. Wir begnügen uns deshalb damit, an dieser Stelle alle unsere Kollegen auf diese wichtige Zeitschrift hinzuweisen, die ja auch sonst Material über das Bauwesen in Hülle und Fülle enthält und von uns, als Angehörige eines Baunebengewerbes, besonders beachtet werden muß. Der Bezugspreis von 2,25 M. vierteljährlich ist für jeden Gewerkschafter eine wirklich nützliche Kapitalanlage. Für die Bedeutung der sozialen Baubetriebe möge der Hinweis sprechen, daß im Mai dieses Jahres in 132 Unternehmungen 998 Angestellte und 19 759 Arbeiter beschäftigt waren.

Gewerkschaftliches

Vom Dachdecker-Jubiläum. Den Anlaß der am 21. Juli vor 40 Jahren in Halle an der Saale erfolgten Gründung des Zentralverbandes der Dachdecker benutzte der Verbandsvorstand, zu einer Feier nach Frankfurt am Main, dem Sitz des Verbandes, einzuladen. Eine große Anzahl Vertreter der Behörden, der Partei und Gewerkschaften waren der Einladung gefolgt, um die Glückwünsche der betreffenden Körperschaften persönlich zu übermitteln. Die Feier fand in den festlich geschmückten Räumen des Frankfurter Volkshausgebäudes statt. Sie war umrahmt von künstlerischen Darbietungen erlesener Art und nahm einen recht würdigen Verlauf. In seiner Festrede gedachte der Verbandsvorsitzende, Kollege Theodor Thomas, insbesondere der anwesenden vier Jubilare, die seit der Gründung dem Verbands die Treue gehalten haben und der vielen Opfer, die gebracht werden mußten, um den Verband auf die heutige Höhe zu bringen. Der Zentralverband der Dachdecker zählt heute rund 12 000 Mitglieder und hat damit 80 % der organisationsfähigen Dachdeckergehilfen erfaßt. Wenn auch der Verband klein sei, so habe er doch immer in der vordersten Reihe der großen Arbeiterbewegung gekämpft und werde dies auch in Zukunft tun. Kollege Bernhardt vom Baugewerksbund überbrachte die Grüße seines Verbandes und der deutschen Bauhüttenbewegung. Kollege Römer vom Zimmererverband verwies auf die verwandtschaftlichen Beziehungen beruflicher Art, während Kollege Bah, als Sprecher unseres Verbandes, das gute Einvernehmen zwischen den beiden Verbänden hervorhob, das nicht nur in der gemeinsamen Bekämpfung der Unfallgefahren und der drohenden Verschlechterungen in der Arbeitslosenversicherung zum Ausdruck komme. Die Struktur des Dachdeckerberufes ist der des Maler-

Berufliches Wissen tut not

Lest unser

FACHBLATT DER MALER!

gewerbes sehr ähnlich. Dabei ergeben sich auch die gleichen Schwierigkeiten im Kampfe gegen die Machtbestrebungen der allgemein rückständig eingestellten Innungen, wie auch hinsichtlich der Werbestellung zur Gewinnung neuer Mitglieder. Kollege Bag sprach die Ueberzeugung aus, daß es dem Zentralverband der Dachdecker auch weiterhin gelingen wird, nicht nur die gewonnene Position zu erhalten, sondern weitere Erfolge zu erzielen. Besonderen Gruß übermittelte er den vier Jubilaren, die über ihre eigene Organisation hinaus sich des Dankes der gesamten Gewerkschaftsbewegung versichert sein dürfen.

Die Einführung einer Invalidenunterstützung hat der Reichsverband der Feuerwehrmänner Anfang Juli in Dresden beschlossen. Weitere wichtige Fragen fanden eine befriedigende Lösung. Der Beitritt zur Arbeits- und Interessengemeinschaft Deutscher Feuerwehrorgane wurde gutgeheißen, dagegen eine Verschmelzung so lange zurückgestellt, bis die in Betracht kommenden Organisationen, der Deutsche Verkehrsband und der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, eine Einigung über den Zusammenschluß herbeigeführt haben.

Auch der Verbandstag der Kupferschmiede hat die Einführung einer Invalidenunterstützung beschlossen. Zur Frage der Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband wurde eine Entschließung, die eine Urabstimmung und einfache Mehrheit verlangte, abgelehnt und einem Antrag auf unverzügliche Verhandlungen zum Zwecke der Verschmelzung zugestimmt. Der Verband hat 7185 Mitglieder und einen Kassenbestand von 151.000 M. Seine Stärke liegt in dem guten Organisationsverhältnis, stehen doch nur 5 % der Berufsangehörigen außerhalb des Verbandes.

Genossenschaftliches

Die Volksfürsorge im ersten Halbjahr 1929.

Die Volksfürsorge hat das erste Halbjahr 1929 mit einem Bestande von 1.725.000 Versicherungen und einer Versicherungssumme von 700 Millionen Mark abgeschlossen. Es wurden insgesamt 310.161 Volks- und Lebensversicherungen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres beantragt, davon im Juni 48.505. Das Vermögen der Volksfürsorge beträgt rund 68 Millionen Mark. An Versicherungsleistungen wurden im ersten Halbjahr 1.372.463 M. ausbezahlt, seit November 1923 (Umstellung auf neue Währung) überhaupt rund 6 1/2 Millionen Mark. In der Summe von 1.372.463 M. sind 127.717 M. Sonderleistungen für Unfälle enthalten. Diese werden ohne besonderen Zuschlag, jedoch unter Voraussetzung gewährt, daß eine monatliche Prämie von mindestens 2 M. gezahlt wird.

Unter den deutschen Lebensversicherungsunternehmen marschiert die Volksfürsorge, eine Gründung der freien Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften, mit an der Spitze; jetzt schon ist sie die größte deutsche Volksversicherungsgesellschaft. Die Volksfürsorge wird schneller wachsen und von noch größerer Bedeutung werden, je mehr die Millionen der gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten mit ihren Angehörigen sich ihr zuwenden.

Sozialpolitisches

Der Anflug des Vermahlungszwanges.

Kurz vor den Reichstagsferien haben die bürgerlichen Parteien mit der Annahme der Zollerhöhungen auch das Gesetz über den Vermahlungszwang durchgesetzt. Sie haben damit bestimmt, daß die deutschen Mühlen im Jahresdurchschnitt 30 % und in den Monaten August bis November 40 % ihrer Gesamtweizenverarbeitung deutschem Erzeugnis entnehmen müssen. Nun deckt die inländische Weizenproduktion kaum die Hälfte des inländischen Bedarfs. Die diesjährige Weltweizenernte wird aber entgegen allen Prophezeiungen nicht so günstig ausfallen wie gehofft wurde, und infolgedessen ist von Amerika aus eine spekulative Getreidebanne ins Werk gesetzt, die auch auf Deutschland übergriff und den Weizenpreis im letzten Monat von 213 auf 255 M. pro Tonne hinaufgetrieben hat. Die an den Einfuhrorten und an den großen Wasserstraßen des Westens gelegenen Mühlen, die meist Auslandsweizen verarbeiten, werden gezwungen, sich mit großen Frachtmehrkosten Weizen aus dem Inland heranzuschaffen, während die Binnenmühlen der für sie fruchtigste Weizen entzogen wird. Daß dieses unnütze Hin- und Herfahren die Mehlpreise noch höher treibt und das Brot weiter verteuert, ist so selbstverständlich wie die Tatsache, daß sich jeder tüchtige Geschäftsmann mit Freunden einen weiteren privaten Aufschlag in seine Taschen sichern wird. Nüchtern sind verschwindend geringe Teile der Auftraggeber der bürgerlichen Parteien, die einen sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des Vermahlungszwanges infolge des Widerstandes des Zentrums ablehnten, und Leidtragender ist das deutsche arbeitende Volk, das die Brotverknäuerung nicht abwälzen kann. Hoffentlich erinnert sich die Arbeiterkammer zu gegebener Zeit des an ihr verübten Wuchers.

Aus den Arbeitsgerichten

rd. Hinmordungen von Arbeitern aus ihrer Stellung. (Schadenersatzpflicht.) Auf einer Arbeitsstelle waren neben Arbeitern, die einem bestimmten Verbands angehörten, mehrere andere Arbeiter beschäftigt, die einer Organisation angegeschlossen waren, die jenem Verbands feindlich gegenübersteht. Nachdem die Verbandsmitglieder sich vergebens bemüht hatten, die andern Arbeiter für den Verband zu gewinnen, verlangten sie von dem Arbeitgeber, unter Androhung der Arbeitsentlassung, die Entlassung der Nichtverbändler. Der Arbeitgeber entsprach schließlich

diesem Verlangen, und die entlassenen Arbeiter strengten infolgedessen gegen die Arbeitskollegen, durch die sie sich geschädigt fühlten, die Klage an.

Das Landesarbeitsgericht Leipzig hatte den Klageanspruch für berechtigt erachtet. Es handelte sich hier um einen Kampf zweier Weltanschauungen — zwei Organisationen bekämpften sich mit aller Schärfe und versuchten, soweit es ihnen irgend möglich ist, einander Abbruch zu tun. Einem solchen Kampf sind gewisse Grenzen gezogen, die nicht überschritten werden dürfen. Gerade weil es ein Kampf um Meinungen und Anschauungen ist, in dem immer noch der Mensch zu achten ist, da doch jeder das Recht hat, eine eigene Meinung zu haben, darf er nicht so weit gehen, daß er mit unsachlichen und rein äußerlichen Machtmitteln gefährt wird. Es geht nicht an, daß eine jeweilige Mehrheit einfach kraft ihrer größeren Macht und Zahl die Minderheit mit Gewalt zu ihrer Ueberzeugung zu zwingen sucht. Eine solche Unterdrückung der fremden Ueberzeugung ist verwerflich, und ist es um so mehr, wenn zu den sonstigen noch das Mittel der wirtschaftlichen Schädigung mit dem Ziele tritt, die Existenz des Gegners zu vernichten. Das aber trifft im vorliegenden Falle zu.

Indessen hat das Reichsarbeitsgericht dieses Urteil nicht bestehen lassen. Niemand sei gezwungen, so wird in den Urteilsgründen ausgeführt, unter allen Umständen mit einem andern zusammen zu arbeiten, vielmehr hat jeder das Recht, beim Vorliegen besonderer Gründe den Arbeitgeber vor die Wahl zu stellen, ob er ihn selbst oder den andern behalten will. Die Beklagten haben geltend gemacht, die Kläger hätten sich ständig fleghaft betragen und die Beklagten mit allen möglichen häßlichen Redensarten bedacht. Die Vorinstanz ist hierauf gar nicht eingegangen. Das hätte sie aber tun müssen, da es doch nicht ausgeschlossen ist, daß dieses Verhalten der Kläger den Beklagten berechtigten Anlaß gab, das Zusammenarbeiten mit den Klägern zu verweigern. (Reichsarbeitsgericht, 328. 28.) (Nachdr. verb.)

Gewerbe- und soziale Hygiene

Eine Ausstellung für Ernährung und Körperpflege. Unter Mitwirkung des Deutschen Hygiene-Museums in Dresden, des württembergischen Landesauschusses für hygienische Volksbelehrung, dem Chemischen Untersuchungsamt der Stadt Stuttgart und dem Stuttgarter Gesundheitsamt soll im Oktober auf dem Gewerbeballengelände in Stuttgart eine großzügig durchgeführte Ausstellung für Ernährung und Körperpflege eröffnet werden. — Die Frage nach zeitgemäßer und richtiger Ernährung soll in volkstümlich-wissenschaftlicher und praktischer Darstellung beantwortet werden. Das Kernstück der Ausstellung wird die weiteren Kreise bereits bekannte Ernährungs-Ausstellung des Deutschen Hygiene-Museums in Dresden bilden.

Berichtliches

Zum Besuch des schaffenden Berlins

hat der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit einen Sonderprospekt herausgegeben, der die Organisationen einladet, Reisen nach Berlin zu unternehmen. Für den Aufenthalt in Berlin ist ein Programm ausgearbeitet worden, das den Teilnehmern in drei Tagen die wichtigsten Eindrücke über das schaffende Berlin vermitteln soll. In großen Autobusfahrten werden die Hauptlebenswürdigkeiten gezeigt. Daneben sind vorgesehen Informationen und Beschäftigungen der Einrichtungen der modernen Arbeiterbewegung, deren Zentralen sich in Berlin befinden. Ferner soll das kommunale Berlin mit seinen großzügigen und vorbildlichen Betrieben und Anlagen gezeigt werden. Der Reichsausschuß stellt sachkundige Führer zur Verfügung und bereitet den gesamten Aufenthalt in Berlin einschließlich der Unterkunft und Verpflegung vor. Aufgabe der Orts- und Bezirksorganisationen ist es, Gruppen von 20 bis 30 Genossen zusammenzubringen, für die dann der Reichsausschuß das Programm des Berliner Aufenthalts durchführt.

Der Prospekt, der das Programm und die näheren Bedingungen des Aufenthalts in Berlin enthält, ist unentgeltlich durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu beziehen. Das Programm kann je nach den besonderen Interessen und Wünschen der Organisationen (Gewerkschaften, Parteivereine, Kulturorganisationen) beliebig ergänzt und umgestellt werden.

Literarisches

Wirtschaftskunde und Arbeiterbewegung. Der volkswirtschaftliche Unterricht, sowohl in der politischen wie in der gewerkschaftlichen Bewegung nimmt einen der wichtigsten Plätze in unserer Schulungsarbeit ein. Die Fülle der hier auftretenden Probleme wie auch die Vielgestaltigkeit der Bewegung und der ihr dienenden Organisationen zwingen jedoch mehr und mehr zu einer Zusammenfassung und Systematisierung der proletarischen Schulungsarbeit auf volkswirtschaftlichem Gebiete. Den Versuch zu einer solchen Zusammenfassung unternimmt der bisherige Leiter der Heimvolkshochschule Ling, Dr. Alfred Braunthal, in seinem umfangreichen Artikel „Die Volkswirtschaft in der Arbeiterbildung“, der in dem soeben erschienenen Jahrbuch der „Sozialistischen Bildung“ veröffentlicht ist. Sowohl die Leiter und Teilnehmer von Jugend- und Funktionärskursen, wie von Abend- Ferien- und Seminarsen werden in dieser Abhandlung wertvolle Fingerzeige für ihre Arbeit finden. Von sonstigen Beiträgen der Nummer seien genannt: Paul A. Witt: „Arbeiter- und Funktionärskultur“, Fritz Rosenfeld: „Der zentrale Kulturfilm“, Simon Rosenfeld: „Folkbildung“, Prof. M. S. Boege beginnt in dieser Nummer eine sehr instruktive Artikelreihe über die Richtungen und Strömungen in der modernen Biologie und Adolf Johanneßon gibt eine Reihe von Vorschläge für die Ausgestaltung der diesjährigen Versammlung. Im Jahrbuch der „Sozialistischen Bildung“, der ständigen Beilage der „Sozialistischen Arbeiterzeitung“, schreibt Dr. Kurt Löwenstein über die Aufgaben der diesjährigen Zeitlager, Hermann Rude über den „Klassenkampf um die Schule“, Gehm von Braden über die „Sozialistische Befreiung der Kinder“, Aus der Nummer der „Bäckerzeitung“ sei besonders auf die Besprechungen der neuesten volkswirtschaftlichen und staatswissenschaftlichen Schriften ver-

wiesen. Die „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen „Bäckerzeitung“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preise von 1,50 M. für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 P. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, liegt Großbestellungen gern zur Verfügung.

Das Jahrbuch für sozialistische Arbeit in Stadt und Land ist die Halbmonatsschrift „Die Gemeinde“ jedes der vierzehntägig erscheinenden Hefte bringt eine Anzahl für die Praxis wichtiger Aufsätze für Stadt-, Land- und Fleckengemeinden. „Die Landgemeindenverbände“ vermehrt das ganze beträchtlich und erteilt auf Anfragen allgemeiner Bedeutung gute Ratschläge. „Die Kommunale Rundschau“ bringt auf circa 20 Seiten einen guten Ueberblick über alle aktuellen Fragen der kommunalen Politik, bringt das Wesentliche aus allen Gebieten der verschiedenen Länder und Parlamente in übersichtlicher Anordnung und Sprache ausgefaltet. „Die Gemeinde“ die Zeitschrift für sozialistische Kommunalpolitik, das Jahrbuch für jeden praktischen Tätigen und das Handverfügliche für alle ehrenamtlichen Vertreter in den kommunalen Parlamenten. Abonnementpreis vierteljährlich 3 M. Bestellungen bei jeder Postanstalt oder beim Verlag F. G. W. Dietz, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Abrechnung vom 1. Quartal 1929.

A. der Filialen: Einnahme	
Beiträge	344 093,50 M.
„ der Filialen	119 018,10 „
Brotschären, Jahrbücher, Protokolle	5 460,90 „
Beiträge zu den Verwaltungskosten	11 956,60 „
Sonstiges „ 5%	3 148,50 „
	1 271,57 „
B. der Hauptkasse:	
Sinsen	36 898,88 „
„Der Maler“	4 „
Vermögensverwaltung	10 040,77 „
Sonstiges	6 866,69 „
Mehrausgabe	99 011,05 „
Summa	637 780,41 M.

A. der Filialen: Ausgabe	
Reiseunterstützung	236,40 M.
Arbeitslosenunterstützung	216 911,96 „
Krankenunterstützung	88 060,95 „
Sterbeunterstützung	9 152,89 „
Rechtschutz	382,19 „
Streikunterstützung	28 804,40 „
Gemäßregelungenunterstützung	38,40 „
Gehälter der Filialangestellten	53 888,79 „
Versicherungsbeiträge	2 880,91 „
Sonstige Ausgaben	356,81 „
In den Filialen verblieben	119 018,10 „

B. der Hauptkasse:	
„Der Maler“	21 604,03 „
„Lackierer“	2 636,30 „
„Malerlehrling“	2 886,50 „
Beitrag an den ADGB	3 259,95 „
Statistik, Bibliothek	3 691,33 „
Bildungszwecke	570 „
Agitation und Konferenzen	5 254,98 „
Drucksachen	5 882,55 „
Flugblätter, Broschüren, Protokolle	11 088,96 „
Verwaltungskosten, persönliche	16 799,62 „
„ fachliche	7 253,10 „
Versicherungsbeiträge	9 630,40 „
Beitrag an Internat. Sekretariat	2 500 „
Steuern und Gebühren	1 606,94 „
Beteiligungen	10 450 „
Sonstiges	1 724,95 „
Bezirksleitungen	13 600 „
Summa	637 780,41 M.

Hamburg, den 25. Juli 1929.

Louis Ringel.

Revidiert und für richtig befunden:

Hans Bag, Gustav Bejeuhr, Bruno Krebs.

Vom 29. Juli bis 4. August ist die 31. Beitragswoche

Vom 5. August bis 11. August ist die 32. Beitragswoche

Sterbetafel.

Vielefeld. Am 13. Juli starb unser treuer Kollege, der Lackierer August Dißmann im Alter von 65 Jahren nach 24jähriger Mitgliedschaft in der Filiale.
Effen. Am 4. Juli starb unser Kollege Friedrich Beck im Alter von 56 Jahren an Schlaganfall. — Am 7. Juli starb unser Kollege Walter Meißner im Alter von 22 Jahren an Gehirnkrankung.
Jagolfski. Am 21. Juli erkrankte unser treuer Kollege Otto Müller im Alter von 23 Jahren.
Königsberg i. Pr. Am 13. Juli starb unser Kollege Otto Brombach nach längerem Leiden im Alter von 31 Jahren.
Schwerin i. M. Im Alter von 18 Jahren starb am 18. Juli unser Jungkollege Erich Kahl durch einen Unfall beim Baden.

Ehreibrem Andenken!

Fernunterricht über Malerbuchführung auf die Meisterprüfung, Ausbildung zum Geschäftsführer. Ohne Berufsprüfung. Franz Wenzel, Raunhof b. Leipzig.